



Nachrichten und Informationen

Berlin, den 15. August 2007

ASG-Rundbrief

An die

Landes- und Bezirksvorsitzenden der ASG
Mitglieder des Bundesausschusses der ASG
Mitglieder des Bundesvorstandes der ASG

Gesundheitspolitische Sprecherinnen und Sprecher der
SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesministerin für Gesundheit

A-Gesundheitsministerinnen und -minister der Länder
A-Staatssekretärinnen und -sekretäre der Länder

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

nach der 2. und vor der 3. Sitzung des Bundesvorstandes der ASG hier wieder ein Rundbrief.

Wir wollen damit wichtige Informationen weitergeben aber auch Anregungen und Impulse für die sozial- und gesundheitspolitische Arbeit in den Regionen und Fraktionen verbreiten. Positionen und Argumente sollen nicht zu kurz kommen. Gut wäre auch, wenn unser Rundbrief ein Kommunikationsforum zwischen den gesundheitspolitischen Akteuren in unserer Partei würde.

Deshalb eine herzliche Bitte: Informiert unser Büro im Willy-Brandt-Haus über aktuelle Initiativen, Probleme, Vorhaben von Euch, wir geben diese Informationen gerne weiter. Danke für die positiven Reaktionen zum 1. Rundbrief.

I. Zur aktuellen Lage

1. Mit **Klaus Kirschner**, unserem ASG-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg und Errichtungsbeauftragten für den Spitzenverband Bund der Krankenkassen, haben wir in der letzten Bundesvorstandssitzung die Umsetzung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes erörtert und die Perspektiven unseres **Gesundheitswesens** vor dem Hintergrund von Gesundheitsfonds, Zusatzbeitrag, zentraler Beitragsfestsetzung und zunehmender Reduzierung der Selbstverwaltung diskutiert.

Wir waren uns einig, dass die Umsetzung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes von den ASG-Gliederungen weiterhin kritisch begleitet und die konkreten Folgen für die Patientinnen und Patienten einerseits sowie für die Beschäftigten im Gesundheitswesen andererseits beobachtet werden müssen.

Wichtig erschien uns auch, dass wir überall, wo dies für uns möglich ist, darauf hinwirken sollten, dass gute gesetzliche Vorgaben nicht im Interessenschwung verloren gehen sollen (z.B. spezialisierte Palliativversorgung, integrierte Versorgung).

Es kam im Bundesvorstand zu folgenden Verabredungen:

- 1.1 Am 14.09.07 zwischen 11.00 und 16.00 Uhr führen wir im DGB-Haus in Berlin gemeinsam mit dem „Netzwerk Gesundheit“ (DGB u.a.) ein Forum mit den Schwerpunktthemen:
 - Vor- und Nachteile von Wahlтарifen
 - Perspektiven des Morbi-RSAdurch.

Interessenten sind herzlich willkommen. Die Einladung liegt bei. Danke an Heinz Stapf-Finé für die engagierte Vorbereitung.

Ähnliche Initiativen, ggf. mit anderen Schwerpunkten könnt Ihr natürlich in jeder Region starten.

- 1.2 Mehrere ASG-Bundesvorstandsmitglieder haben mit ihren beruflichen Möglichkeiten in den letzten Wochen offensiv auf eine patienten- und angehörigenaquate Palliativversorgung hingewirkt. Es besteht die Gefahr, dass in der aktuellen Umsetzungsdiskussion die Leistungsanbieterinteressen über die Patientenanliegen dominieren. In Schleswig-Holstein, Brandenburg u.a. gibt es auch sehr gute Landesinitiativen.

Derzeit versuchen wir noch einen bundesweiten Expertenworkshop zu diesem Thema zustande zu bringen. Im Bundesvorstand kümmert sich insbesondere Ingrid Rehwinkel um dieses Thema.

- 1.3 Längerfristig wollen wir uns um eine Renaissance der Selbstverwaltung unseres Gesundheitswesens kümmern. Dies gilt für die Versichertenmitwirkung ebenso wie für die Selbstgestaltung von Abläufen und Verfahren durch die verantwortlichen Akteure im System. Insbesondere mit Selbstverwaltern wollen wir diesbezüglich ins Gespräch kommen. Es wäre gut und hilfreich, wenn Ihr uns aus den Regionen entsprechende Namen und Anschriften benennen könnt.
2. Die ASG kann mit den vorliegenden Eckpunkten zur Pflegereform sehr zufrieden sein. Wesentliche Forderungen von uns wurden dort aufgegriffen und sollen nun im Pflegereformgesetz konkretisiert werden. Jetzt ist es unsere Aufgabe diesen Erfolg und das hervorragende Verhandlungsergebnis von Ulla Schmidt offensiv öffentlich zu verbreiten, aber auch auf die gesetzliche Konkretisierung einzuwirken.

Die Pflegereform eignet sich nach den Erfahrungen einiger ASG Landes- und Bezirksverbänden (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Saarland, Berlin u.a.) sehr gut für öffentlichkeitswirksame zielgruppenspezifische Veranstaltungen. Nutzt diese hervorragende Chance auch zur Werbung für die ASG und unsere Pflegepolitik.

Der Bundesvorstand hat hierzu folgende Verabredung getroffen:

- 2.1 Diesem Rundbrief ist eine „**Argumentationshilfe**“ zur aktuellen Pflegediskussion beigelegt. Es handelt sich dabei um eine aktualisierte Fassung der „Positionen und Argumente“ vom April 2005 mit Beschlüssen der letzten ASG-Bundeskonferenzen und zusätzlichen Erläuterungen von Bundesvorstandsmitglied Prof. Dr. Birgit Vosseler. Mit diesen Materialien könnt Ihr in der öffentlichen Pflegereform-Debatte sehr gut bestehen.
- 2.2 Weiterhin werden wir auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes eine **Kommentierung der Eckpunkte der Pflegereform** mit konkreten Anregungen für die bevorstehende Gesetzgebung diskutieren. Ein erster Entwurf und eine entsprechende Pressemitteilung liegen bei.

Prüft den Entwurf kritisch, und teilt uns bitte Eure Argumente hierzu mit. Wir wollen uns in das Gesetzgebungsverfahren mit eigenen Vorschlägen einbringen.

- 2.3 Ein Kernstück des neuen Pflegerechts soll die Etablierung von **Pflegestützpunkten** und Fallmanagement auch mittels Integrierter Versorgung sein. Hierzu haben wir bei der FES für den 24. August einen Expertenworkshop angeregt. Die FES hat diese Anregung dankenswerter Weise aufgegriffen. Wir werden Euch über die Arbeitsergebnisse informieren.
 - 2.4 Je nach Entwicklung der Diskussion zur Pflegereform wollen wir auch den **Bundesparteitag** der SPD Ende Oktober in Hamburg mit einem eigenen Antrag hierzu befassen. Falls es ähnliche Initiativen auf Länderebene gibt, teilt uns diese bitte mit.
 - 2.5 Am 01.12.07 tagt der **Bundesausschuss** der ASG. Im Mittelpunkt der Diskussion und Beschlussfassung soll dann die Pflegereform stehen. Wir wollen hierzu auch externe Experten einladen und werden Euch rechtzeitig mit entsprechenden Materialien versorgen. Falls ihr weitere Themenwünsche habt, teilt uns dies bitte umgehend mit.
3. Ein weiteres wichtiges Thema im ASG-Bundesausschuss ist unser Beitrag zum neuen **Grundsatzprogramm** unserer Partei. Die derzeit im „Bremer Entwurf“ niedergeschriebenen Passagen wurden in der „Hochphase der GKV-WSG-Debatte“ entworfen. Dies war keine gute Zeit für längerfristige Perspektiven.

Jetzt ist es nötig, den Blick in die gesundheitspolitische Zukunft zu werfen. Wir haben einen alternativen Textentwurf für die „**Gesundheitspolitik im vorsorgenden Sozialstaat**“ entworfen und durch Thomas Spies in die Debatte der Programmkommission des Parteivorstandes eingebracht. Er liegt diesem Rundbrief bei. Jetzt müssen wir für Mehrheiten kämpfen, aber auch unsere Textfassung straffen. Gegebenenfalls werden wir einen entsprechenden Antrag auf dem Bundesparteitag bringen. Wir danken den Landes- und Bezirksverbänden für ihre bisherige Unterstützung.

II. Unsere weiteren Vorhaben:

1. In der Programm-Debatte haben wir die „Bekämpfung der Ungleichheit von Gesundheitschancen“ als prioritäres politisches Ziel herausgearbeitet. Mit unserer Initiative „Familie und Gesundheit“ können wir diese Thematik sehr gut öffentlich kommunizieren. Deshalb bitten wir Euch weiterhin um die entsprechende Umsetzung unseres Beschlusses von der letzten Bundesdelegiertenkonferenz.

Auf der Grundlage unserer „**Mainzer Erklärung**“ (s. letzter Rundbrief) wollen wir auch den Bundesparteitag mit dieser Thematik befassen und auch beim Kongress „Armut und Gesundheit“ Ende November/Anfang Dezember in Berlin mitwirken. Thomas Isenberg von der ASG Berlin kümmert sich um einen entsprechenden Antrag und eine entsprechende Präsentation der ASG.

2. Ulla Schmidt hat angekündigt, noch in diesem Jahr **Eckpunkte für ein Präventionsgesetz** vorzulegen.

Darauf sollten wir uns vorbereiten. Aufbauend auf unserer diesbezüglichen Beschlussfassung von 2004 werden wir ein eigenes Positionspapier erarbeiten und in die öffentliche Diskussion bringen.

Unser NRW-Landesvorsitzender, Dr. Matthias Albrecht, hat hierzu bereits gute Vorarbeiten geleistet. Wir bitten unsere Landes- und Bezirksorganisationen, aber auch die Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen um ihre diesbezüglichen Initiativen zukommen zu lassen, damit wir diese bei unserer Positionierung berücksichtigen können.

Gegenüber der FES habe ich einen Expertengesprächskreis „Zukunft der Gesundheit in Deutschland“ angeregt. Anfang November soll er erstmals tagen. Vielleicht ist er Anregung für andere. Das Bemühen um mehr und nachhaltige Gesundheit für alle ist ein Gewinnerthema. Wir Sozialdemokraten sollten es zu unserer Sache machen.

3. Auf Bundesebene aber auch in vielen Ländern stehen politische **Initiativen zur Zukunft der Krankenversorgung** an. Die ASG muss sich darauf vorbereiten, damit wir sachkundig und problemorientiert Einfluss nehmen können. Gemeinsam mit engagierten Gewerkschaftern und anderen Experten in diesem Arbeitsfeld werden wir Anfang November in einem Workshop unsere Positionen und Forderungen hierzu herausarbeiten. Wir informieren Euch rechtzeitig und bitten um entsprechende Positionspapiere aus den Ländern zukommen zu lassen.

Mit diesem Rundbrief mute ich euch erneut viel Stoff zu. Unser Politikfeld ist eben so vielfältig und wir sollten auch alles dazu beitragen, die Gesundheitspolitik als „unterschätzter Politikbereich“ neu zu profilieren. Wir vertreten die größte Branche, nirgendwo arbeiten mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und es gibt niemanden, der nicht mittelbar oder unmittelbar betroffen ist. Deshalb sollten Sozialdemokraten auch **die Meinungsbildner** in diesem Politikbereich sein.

Mit einem herzlichen Dankeschön will ich schließen:

Auf Anregung der ASG hat unser Parteivorsitzender **Kurt Beck** auf dem diesjährigen Hauptstadttag am 21. Juni in Berlin ein Forum „Gesundheitswesen Zukunftsbranche“ gestaltet. Erstmals hat damit ein Parteivorsitzender und Ministerpräsident sich der Diskussion auf diesem größten Branchenforum für Gesundheit in Deutschland gestellt.

Wir hatten mehr als 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Viele Anwesende bestätigten den großen Erfolg dieser Initiative. Wir haben damit der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik einen guten Dienst erwiesen. Wir bedanken uns sehr bei unserem Parteivorsitzenden Kurt Beck.

Damit für heute genug. Ich freue mich auf eure Rückmeldungen und auf zahlreiche Berichte über eure Aktivitäten und Anliegen in den Regionen.

Herzliche Grüße



Armin Lang